



## Jugendliche für ein rauchfreies Leben

### Ein europäisches Jugendmanifest

#### Präambel

Wir, die Jugend Europas, sind über den Einfluss, den das Rauchen und das Passivrauchen auf den einzelnen ausübt, zutiefst beunruhigt. Im Bewusstsein des Grundrechts auf gesundheitliche Versorgung und eine gesunde Umwelt sowie der Tatsache, dass jeder Mensch ein Recht auf einen Lebensstandard hat, der Gesundheit und Wohlbefinden gewährleistet, sowie in der Lage sein sollte, sich für ein gesundes Leben zu entscheiden, haben wir dieses Manifest erarbeitet.

#### Einleitung

Rauchen ist als größte vermeidbare Todesursache in der EU für die Gesundheits-, Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik von immenser Bedeutung. EU-weit nahmen mehr als 10.000 Jugendliche an einem Projekt des European Youth Forum (YFJ) „Young People: For a Life without Tobacco?“ teil. Diese umfassende Konsultation von Jugendlichen mündete in zahlreiche Forderungen und Empfehlungen für effizientere politische Maßnahmen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene. Dieses Europäische Manifest fasst die Ergebnisse der nationalen Beratungsprozesse in den EU-Mitgliedsstaaten zusammen, wie sie von gut 200 nationalen Vertretern am 21. Mai 2006 in Brüssel verabschiedet wurden.

## Mehr Mitsprache für die Jugend

Jugendorganisationen sollten bei wichtigen politischen Entscheidungen, die das Leben von Jugendlichen betreffen, konsultiert und aktiv mit einbezogen werden. Daher ist die Mitarbeit von Jugendorganisationen bei der Formulierung von politischen Entscheidungen, die das Rauchen betreffen, außerordentlich wichtig.

Wir meinen, dass sich die positiven und negativen Auswirkungen politischer Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf das Rauchen, am deutlichsten langfristig zeigen, was bedeutet, dass die Jugend die Konsequenzen zu tragen haben wird, da sich die Politik auf ihre Lebensqualität und Gesundheit auswirkt.

Daher empfehlen wir:

- Langfristige Strategien gegen das Rauchen zu entwickeln und Jugendliche in alle Phasen mit einzubeziehen (d. h. bei der Entwicklung, Überwachung und Evaluierung politischer Maßnahmen);
- Jugendorganisationen in den Prozess der Politikentwicklung als Verbindungsglied zwischen EntscheidungsträgerInnen und der Jugend aktiv einzubinden; ferner sollte die Jugend zu Themen rund um das Rauchen befragt und sowohl in den Bildungseinrichtungen als auch außerhalb aufgeklärt werden;
- Mehr langfristige Unterstützungsmaßnahmen (politische, logistische, finanzielle etc.) für Jugendorganisationen, die sich für Raucherprävention und Schadensminderung einsetzen, zu treffen;
- Kurzfristige Ziele zu definieren, um anstehende Themen unmittelbar anzugehen;
- EntscheidungsträgerInnen sollten bei allen tabakassoziierten Themen den Dialog zwischen allen Beteiligten anregen und vorantreiben;
- Die Förderung und Finanzierung geschlechts- und altersspezifischer Entwöhnungsprogramme unter Einbeziehung von Jugendorganisationen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene durch die Europäische Kommission, die GD Forschung und die GD Gesundheit und Verbraucherschutz;
- Entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten für das 7. Forschungsrahmenprogramm und den Public-Health-Fund vorzusehen. Die Ergebnisse sollten der Öffentlichkeit, einschließlich Jugendorganisationen und Massenmedien, aktiv zugänglich gemacht werden.

## Aufklärung und Prävention!

Als Hauptakteure der außerschulischen Bildung erfüllen Jugendorganisationen eine Schlüsselrolle bei der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft und der Mitsprache von Jugendlichen. Auch bei der Meinungs- und Verhaltensbildung kommt ihnen eine wichtige Rolle zu. Ferner ist die schulische und außerschulische Aufklärung bezüglich Raucherprävention und Hilfestellung für Jugendliche von großer Bedeutung, um fundierte Entscheidungen treffen zu können; dies ist besonders bei RaucherInnen wichtig, die sehr jung mit dem Rauchen beginnen und dem Druck von Gleichaltrigen ausgesetzt sind.

Daher empfehlen wir:

- Initiativen zur Unterstützung außerschulischer Gesundheitserziehung vermehrt zu unterstützen und Jugendorganisationen zu involvieren;
- 
- Die Kampagnen sollten sich auf die positiven Aspekte des Nichtrauchens konzentrieren.
- 
- Mit der Gesundheitserziehung so früh wie möglich zu beginnen und sie über alle Ausbildungsphasen hinweg fortzusetzen;
- 
- - daran sollten Jugendliche (z. B. Jugendverbände) sowie andere Interessensgruppen wie NGOs, Gesundheitsministerien und die Medien mitwirken;
- Ein integriertes, ganzheitliches Programm für ein gesundes Leben zum Zwecke der schulischen Aufklärung zu entwickeln und verpflichtend umzusetzen. Dieses sollte eine positive Herangehensweise an Aufklärung mit Schwerpunkt auf Alternativen bei der Raucherprävention und Entwöhnung bieten. Das Programm sollte darüber hinaus flexibel sein und sich auf spezifische Gruppen hinsichtlich Alter, Geschlecht, RaucherInnen, NichtraucherInnen, sozioökonomische Gruppen etc. abstimmen lassen. Dieser Aufklärungsprozess sollte auf die Entwicklung des Individuums hin zu einer selbstverantwortlichen Verhaltensänderung abzielen;
- EU-Institutionen sollten bewusstseinsbildende Kampagnen zum Passivrauchen umsetzen:
  - A) für Jugendliche;
  - B) für RaucherInnen allgemein;
  - C) für Eltern, die ihre Kinder Passivrauch (ETS - Environmental Tobacco Smoke) aussetzen;
- Interaktive und zielgerichtete Kampagnen zum Thema Rauchen zu initiieren - die speziell auf die Jugendlichen zugeschnitten sind;

- Eltern zu ermutigen bei der Gesundheitserziehung mitzuwirken und sie darin zu unterstützen; rauchende Eltern sollten ermutigt und unterstützt werden aufzuhören;
- Evidenzbasiertes Training und Ausbildung für alle bezahlten und freiwilligen Kräfte, die in der Ausbildung sowie der Sozial- und Gesundheitsbetreuung von Jugendlichen tätig sind, um sie in die Lage zu versetzen, den Jugendlichen zielgerechte, topaktuelle Informationen zu vermitteln.

### Zugang, Sichtbarkeit und Entwöhnung

Um noch mehr Gesundheitsprobleme und noch höhere Kosten für die Gesellschaft zu vermeiden, ist es von höchster Bedeutung, dass weniger junge Menschen rauchen. Derzeit gibt es jedoch zu wenig Unterstützung für entwöhnungswillige RaucherInnen. So sind beispielsweise Nikotinersatzpräparate häufig teurer als Zigaretten. Entwöhnungsmöglichkeiten und entsprechende Hilfestellungen, wie etwa Nikotinersatztherapien sollten Jugendlichen kostenlos zur Verfügung stehen, wenn eine entsprechende therapeutische Unterstützung gegeben ist. Da viele im jugendlichen Alter zu rauchen beginnen, ist es besonders wichtig, die bestehende Gesetzgebung hinsichtlich der Beschränkung des Zugangs von Jugendlichen zu Tabakprodukten durchzusetzen, was derzeit leider oftmals nicht der Fall ist. Schließlich sind Jugendliche auch die Hauptzielgruppe der Tabakwerbung. Daher fordern wir eine bessere Regulierung, die die besondere Gefährdung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt.

Daher empfehlen wir:

- Den Zugang zu Entwöhnungskliniken und psychologischer Unterstützung zu erleichtern, kostenfrei zur Verfügung zu stellen und über die Tabaksteuer zu finanzieren;
- Nikotinersatz und andere Methoden der Entwöhnung zu niedrigeren Preisen anzubieten als Zigaretten. Auch sollte der Zugang erleichtert werden;
- Die Gesetze über das Mindestalter für den Erwerb von Tabakprodukten entsprechend durchzusetzen;
- Alle Formen der Tabakwerbung zu verbieten;
- Nikotinersatzbehandlungen nicht höher zu besteuern als andere Medikamente;

- Wir verlangen die Umsetzung einer einheitlichen Zigarettenverpackung, lediglich in weiß mit schwarzem Textaufdruck in der Schriftart Arial, um die Verwendung farbiger Designs als subtile, indirekte Werbung für Tabakprodukte zu unterbinden;
- Die Verpackungen sollten verschiedene Gesundheitshinweise aufweisen, welche mindestens 75 % der Packungsgröße ausmachen sollten;
- Auf der Rückseite der Packung sollten Menschen oder Organe, die durch Tabakrauch geschädigt wurden, abgebildet sein;
- Ein bestimmter Prozentsatz der Steuereinnahmen aus dem Tabakkonsum sollte direkt in die Finanzierung von Entwöhnungs-, Präventions- und Substitutionsprogrammen fließen;
- Ein Lizenzsystem für den Einzelhandel sowie ein Verbot von Zigarettenautomaten und des Internethandels von Tabakprodukten einzuführen, um Personen unter der gesetzlichen Altersgrenze den Zugang zu Tabakprodukten zu verwehren. Des Weiteren sollten Tabakprodukte nicht in Auslagen/Schaufenstern sichtbar sein.
- Nichtraucherkampagnen sollten sich auf den durch das Rauchen verursachten Schaden konzentrieren, Pro-Abstinenzkampagnen die positiven Aspekte des Nichtrauchens in den Vordergrund stellen;
- Das gesetzliche Mindestalter für den Kauf von Tabakprodukten sollte EU-weit auf 18 Jahre festgelegt und entsprechend durchgesetzt werden;
- Ein Verbot suchtfördernder Zusatzstoffe, Karzinogene und anderer giftiger Stoffe in Tabakprodukten einzuführen, die ein Gesundheitsrisiko für Aktiv- und PassivraucherInnen darstellen;
- Bilder mit den Auswirkungen des Rauchens auf Tabakprodukten anzubringen sowie den Packungen ein Informationsblatt beizulegen, die RaucherInnen über die Auswirkungen ihrer Gewohnheit und die Möglichkeiten der Unterstützung beim Aufhören informiert;
- Wichtig ist auch der Schutz weniger entwickelter Länder vor der Tabakindustrie, welcher durch die Anwendung europäischer Standards auf sämtliche Aktivitäten in Europa ansässiger Firmen zu gewährleisten ist, unabhängig vom endgültigen Bestimmungsort der Produkte.

## Schutz vor Passivrauch (ETS - Environmental Tobacco Smoke)

Es sollte ein Recht auf eine rauchfreie Umgebung in Innenräumen und an abgeschlossenen öffentlichen Plätzen gegeben sein. Infolgedessen sollte das Leitprinzip des Rauchverbots in der Verhinderung der Exposition gegenüber ETS in öffentlichen Plätzen, Räumen und Einrichtungen, am Arbeitsplatz und in der eigenen Wohnung liegen, wobei den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft, speziell ungeborenen Kindern, besonderes Augenmerk zu schenken ist. Dies kann über ein umfassendes Rauchverbot an öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Schulen, in Krankenhäusern, Kindergärten und am Arbeitsplatz sowie in Freizeiteinrichtungen (insbesondere Hotels, Bars und Restaurants) erreicht werden.

Viele Länder haben bereits Beschränkungen des Rauchens am Arbeitsplatz implementiert, einige haben ein weitreichendes Rauchverbot umgesetzt. Die Durchsetzung dieser gesetzlichen Regelungen ist in allen Ländern zu gewährleisten. Generell wurde mit der Einführung von Rauchverboten die Erfahrung gemacht, dass diese nach einer kurzen Übergangsphase von den meisten BürgerInnen und VerbraucherInnen unterstützt und die Bedeutung solcher gesetzlichen Regelungen verstanden werden.

Rauchverbote stellen eine Schlüsselmaßnahme beim Umgang mit der Tabakproblematik dar. Deshalb fordern wir, dass:

- Alle Arbeitsumgebungen und Innenräume öffentlicher Gebäude rauchfrei sein sollten;
- Ein totales Rauchverbot die beste Option ist. Nur wenn außerhalb des Arbeitsplatzes keine ausgewiesene Raucherzone bereitgestellt werden kann, sollte ein Innenraum zum Rauchen zur Verfügung stehen. Dieser sollte mit einem effizienten, wirksamen Entlüftungssystem und einem ebensolchen Filtersystem ausgestattet sein, das direkt nach außen geht. In dem Raum sollten weder Speisen noch Getränke konsumiert werden;
- Öffentliche Behörden in denjenigen Mitgliedsstaaten, in denen noch kein umfassendes Rauchverbot besteht, sollten ähnliche Rauchverbote in öffentlichen Institutionen und an anderen öffentlichen Plätzen einführen. Sowohl Mitgliedsstaaten, die Rauchverbote bereits umgesetzt haben, als auch jene, in denen kein Rauchverbot herrscht, können voneinander lernen, wie Beschränkungen am effektivsten eingeführt werden können;

- Eine adäquate Überwachung und entsprechende Evaluierung der Umsetzung des Rauchverbotsgesetzes sind zu gewährleisten;
- Den Verkauf von Packungen mit 10 oder weniger Zigaretten zu verbieten;
- Sowohl RaucherInnen als auch NichtraucherInnen sind zu respektieren;
- Rauchverbote sollten durch stichprobenartige Überprüfungen an öffentlichen Plätzen effizienter durchgesetzt werden;
- Länder mit einer starken Abhängigkeit von der Tabakindustrie sollten ermutigt werden, andere Industriezweige zu entwickeln und zu unterstützen.

## Passivrauchen und Kinder

Speziell der Schutz von Minderjährigen, Babys und Ungeborenen muss stärker ins Bewusstsein rücken.

Dies sollte über spezielle Kampagnen und Aufklärung erfolgen. Zielgruppen sind vor allem die Gesellschaft im Allgemeinen sowie Schwangere und ihr Umfeld.

Ziel ist es, die Menschen über den Schaden, den das Rauchen bei ungeborenen Kindern anrichtet, sowie die potentielle Gefährdung von Kindern durch rauchende Eltern zu informieren.

## Schlussfolgerung

‘Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet’, Art. 25, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

In Anerkennung der eindeutigen Beweislage, wonach das Rauchen die größte verhinderbare Einzelursache für Erkrankungen und einen vorzeitigen Tod in entwickelten Ländern darstellt, gelangen die Konferenzteilnehmer zu dem Schluss, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um Jugendliche vor den Gesundheitsrisiken und Schäden des Tabakkonsums sowie des Passivrauchens (ETS - Environmental Tobacco Smoke) zu schützen. Dazu sind Präventions- und Entwöhnungsmaßnahmen umzusetzen und allen gesellschaftlichen Gruppierungen - unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion und sozialem Status - zur Verfügung zu stellen. Um eine beträchtliche Erhöhung der behinderungsfreien Lebenszeit zu erreichen, sind NichtraucherInnen und RaucherInnen aktiv in den Prozess einzubinden. Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich weder NichtraucherInnen noch RaucherInnen unnötig isoliert, diskriminiert oder in ihren persönlichen Rechten und Freiheiten eingeschränkt fühlen. Um die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, insbesondere in den Artikeln 3 und 25 festgelegten Rechte zu gewährleisten, darf niemand (insbesondere nicht Kinder) unfreiwillig Passivrauch (ETS) ausgesetzt werden. Um den Jugendlichen eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen, erst gar nicht mit dem Rauchen zu beginnen, und RaucherInnen in ihrem Entschluss aufzuhören zu unterstützen, sind Informationen über das Rauchen und seine Folgen von größter Bedeutung und sollten jedermann zugänglich sein.

Abschließend stellen wir fest, dass Gesundheit von Männern und Frauen noch immer am höchsten bewertet wird und von allen Rechten, die den Menschen am Herzen liegen und international gesetzlich verankert sind, keines grundlegender ist als das Recht auf Gesundheit.



## Anhang

**Schulbildung:** Bezeichnet das hierarchisch gegliederte, in zeitlicher Abfolge strukturierte Schulsystem von der Grundschul- bis zur Hochschulebene.

**Informelle Bildung:** Bezeichnet den Prozess, in dessen Verlauf der/die Einzelne Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen aus der täglichen Erfahrung, wie durch Familie, Freunde, Gleichaltrige, die Medien und andere Einflussfaktoren im persönlichen Umfeld erwirbt.

**Außerschulische Bildung:** Bezeichnet die organisierte Bildung außerhalb des staatlichen Bildungssystems, die an eine klar identifizierbare Zielgruppe von Lernenden mit klar definierten Lernzielen gerichtet ist.

**Mehrwertsteuer für Medikamente:** Steuer auf sämtliche Arzneimittel. Diese ist, da Medikamente als Produkte des täglichen Bedarfs gelten, üblicherweise sehr niedrig.

**7. Forschungsrahmenprogramm:** Das Forschungsrahmenprogramm stellt das Hauptinstrument der Europäischen Union zur Förderung von Forschung und Entwicklung dar. Das Forschungsrahmenprogramm (RP) wird von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und vom Rat und dem Europäischen Parlament in einem Kodifizierungsverfahren verabschiedet. Forschungsrahmenprogramme werden seit 1984 umgesetzt und laufen über einen Zeitraum von fünf Jahren, wobei sich das letzte Jahr eines RP mit dem ersten des nächsten überschneidet. Derzeit wird RP 6 umgesetzt, das mit Ende 2006 ausläuft. Für das 7. Forschungsrahmenprogramm wurde jedoch ein Zeitraum von 7 Jahren vorgeschlagen. Es wird am 1. Januar 2007 starten und 2013 auslaufen. Ziel ist es, auf den Errungenschaften des Vorgängerprogramms im Hinblick auf die Schaffung eines Europäischen Wissenschaftsraumes aufzubauen und die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft in Europa voranzutreiben. (Definition des Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienstes der Gemeinschaft)